

Große Anfrage

der Abgeordneten Kittelmann, Wissmann, Frau Geiger, Dr. Biedenkopf, Höffkes, Kraus, Lattmann, Dr. Lippold (Offenbach), Lummer, Dr. Schwörer, Dr. Sprung, Dr. Unland, Frau Will-Feld und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Fraktion der FDP

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Der Handel mit den europäischen Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sollte auf beiden Seiten vorteilhafte und ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen fördern. In letzter Zeit signalisieren die RGW-Länder immer stärker ihre Bereitschaft, den Handel mit dem Westen zu intensivieren.

Das Volumen des Ost-Handels mit etwa nur 5 % unseres Außenhandels beruht maßgeblich auf der Unflexibilität des östlichen Wirtschaftssystems, die insbesondere bei Qualität und Design der Fertigwaren sowie den durch die staatlichen Planungen bedingten langen Lieferzeiten zum Ausdruck kommt. Der Ost-West-Handel bleibt auf einem qualitativ niedrigeren Niveau; damit droht sich der technologische Abstand zwischen Ost und West zu vergrößern. Eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse in den europäischen RGW-Staaten könnte einer weiteren Beeinträchtigung des Ost-West-Handels entgegenwirken und würde mittleren und kleinen Unternehmen aus westlichen Staaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, die Chance bieten, stärker in den Ost-West-Handel eingebunden zu werden.

Um die Hindernisse und Hemmnisse für eine weitere Ausdehnung des Ost-Handels offenzulegen, müssen die systembedingten Unterschiede und daraus resultierende konkrete Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zu einzelnen europäischen RGW-Staaten berücksichtigt werden.

Dabei ist bedeutsam, wie der Wettbewerb zwischen marktwirtschaftlich und planwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften am Beispiel der wirtschaftlichen Entwicklung des Ostens im Verhältnis zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft verläuft.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil des Handels mit den europäischen RGW-Staaten insgesamt am Außenhandel der Bundesrepu-

blik Deutschland, wie hoch ist der Anteil des Handels mit den einzelnen europäischen RGW-Staaten am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, und aufgrund welcher Faktoren haben sich diese Relationen seit 1978 entwickelt?

2. Wie haben sich die Volkswirtschaften der europäischen RGW-Staaten und der Sowjetunion insbesondere im Verhältnis zur Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 entwickelt, inwieweit lassen sich Entwicklungsunterschiede auf systembedingte unterschiedliche Ansätze wirtschaftlichen Handelns zurückführen, und inwieweit sind gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für diese Abweichungen maßgebend?
3. Wie entwickelten sich 1987 die deutschen Ausfuhren in die einzelnen europäischen RGW-Staaten und den europäischen RGW-Raum insgesamt, wie haben sich diese Ausfuhren seit 1978 entwickelt, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Entwicklung?
4. Wie entwickelten sich 1987 die Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland aus den einzelnen europäischen RGW-Staaten und dem europäischen RGW-Raum insgesamt, wie haben sich diese Einfuhren seit 1978 entwickelt, und welches sind die Gründe für diese Entwicklung?
5. In welcher Relation entwickelten sich die Einfuhren aus den europäischen RGW-Staaten im Vergleich zu den Gesamtimporten der Bundesrepublik Deutschland seit 1978?
6. Welches sind die fünf wichtigsten Güter, die die Bundesrepublik Deutschland in die europäischen RGW-Staaten exportiert, welchen Anteil am Gesamtvolumen deutscher Exporte in die europäischen RGW-Staaten haben diese Güter jeweils, und wie entwickelten sich die entsprechenden Exporte seit 1978?
7. Welches sind die fünf wichtigsten Güter, die die Bundesrepublik Deutschland aus den europäischen RGW-Staaten importiert, welchen Anteil am Gesamtvolumen deutscher Importe aus den europäischen RGW-Staaten haben diese Güter jeweils, und wie entwickelten sich die entsprechenden Importe seit 1978?
8. Auf welcher Basis werden Rohstoffimporte innerhalb des RGW abgerechnet, nach welchen Kriterien werden die Preise für die übrigen Importe seitens der europäischen RGW-Staaten festgesetzt, und welchen Anteil am Gesamtvolumen der Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland haben die Importe aus den europäischen RGW-Staaten ohne Rohstoffimporte?
9. Wie setzen sich die Importe der Bundesrepublik Deutschland aus den europäischen RGW-Staaten im einzelnen zusammen, wie hoch ist der Anteil an Rohstoffimporten, bezogen auf die einzelnen RGW-Staaten, und wie haben sich diese Zahlen seit 1978 entwickelt?

10. Wie hat sich der Umsatz mit den einzelnen europäischen RGW-Staaten seit 1978 entwickelt, und worin liegen die Gründe für diese Entwicklung?
11. Wie entwickelte sich die Produktion in den einzelnen europäischen RGW-Staaten seit 1978, und wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunftschancen dafür in den einzelnen europäischen RGW-Staaten?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftigen Entwicklungschancen des Handels mit den europäischen RGW-Staaten, und welche Bedeutung kommt hierbei künftigen Großprojekten der europäischen RGW-Staaten zu?
13. Welche Bestrebungen gibt es in der Sowjetunion und den anderen europäischen RGW-Staaten, die Organisationsstruktur des RGW zu verändern im Hinblick auf mehr bzw. weniger Integration, welche Realisierungschancen bestehen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Vereinbarung Europäische Gemeinschaft (EG)–RGW, die das Ziel haben müßte, die vorhandenen Freiräume der einzelnen europäischen RGW-Staaten nicht einzuengen?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für die bilateralen handelspolitischen Verhandlungen zwischen der EG und den einzelnen europäischen RGW-Staaten, und wie beurteilt die Bundesregierung eine handelspolitische Annäherung von RGW und EG?
15. Welche Bedeutung kommt vor allem den sowjetischen Rohstofflieferungen in die Bundesrepublik Deutschland zu, welche Substitutionsmöglichkeiten bestehen hier für die deutsche Wirtschaft?
16. In welchem Umfang haben deutsche Unternehmen in den einzelnen europäischen RGW-Staaten und dem europäischen RGW-Raum insgesamt investiert, welchen Investitionsschutz genießen sie, was sind die besonderen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über Investitionsförderungs- und Kapitalschutzabkommen mit den RGW-Staaten?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung den Aspekt der Doppelbesteuerungsabkommen und dessen Auswirkungen auf den Ost-West-Handel, bezogen auf die einzelnen europäischen RGW-Staaten?
18. Wie hat sich der technologische Fortschritt im europäischen RGW-Raum sowie in den einzelnen europäischen Ländern des RGW in Relation zur Bundesrepublik Deutschland entwickelt, welche Einflüsse hat der technologische Abstand zwischen den europäischen Staaten des RGW und der Bundesrepublik Deutschland auf den Ost-West-Handel, und auf welchem Niveau bewegt sich die technologische Entwicklung in den europäischen RGW-Staaten im internationalen Vergleich?
19. Wie werden unsere Sicherheitsinteressen im Ost-West-Han-

del gewährleistet, in welchem Bereich wird der Ost-West-Handel kontrolliert, und wie werden diese Sicherheitsinteressen in der Praxis durchgesetzt?

20. Mit welchen Bearbeitungszeiten für COCOM-Anfragen müssen deutsche Unternehmer rechnen, und inwieweit bemüht sich die Bundesregierung, die Bearbeitungszeiten für COCOM-Anfragen kurz zu halten, damit deutschen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile entstehen?
21. Wie haben sich planwirtschaftliche Vorgaben und die tatsächliche Importsituation in den einzelnen europäischen RGW-Staaten im letzten Fünf-Jahres-Rhythmus entwickelt, und welcher Stellenwert kommt diesen planwirtschaftlichen Vorgaben für die einzelnen europäischen RGW-Staaten zu?
22. Welche Prognosen für die Entwicklungschancen deutscher Exporte lassen sich aus den vorangegangenen Fünf-Jahres-Plänen der europäischen RGW-Staaten nach Ansicht der Bundesregierung für den derzeit laufenden Fünf-Jahres-Rhythmus ableiten, wie stellt sich die Bedarfssituation der einzelnen europäischen RGW-Staaten dar, und in welcher Relation hierzu steht das Angebot der deutschen Wirtschaft?
23. In welchem Umfange werden die Fünf-Jahres-Pläne der einzelnen europäischen RGW-Staaten mit dem der Sowjetunion koordiniert, nach welchen Kriterien gestaltet sich der Güter- und Dienstleistungsaustausch zwischen der Sowjetunion und den übrigen europäischen RGW-Staaten, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die übrigen europäischen RGW-Staaten, wie wird dieser Austausch innerhalb des RGW verrechnet, welche Bedeutung haben insoweit Verrechnungen auf der Basis konvertibler Währungen, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die übrigen europäischen RGW-Staaten?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung allgemein einen staatlich verordneten Zwang zur Kompensation, wie wirkt sich der Kompensationszwang auf den Ost-West-Handel aus, und welchen Anteil am Gesamtvolumen des Handels zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem RGW sowie den einzelnen europäischen RGW-Staaten haben Kompensationsgeschäfte?
25. Wie hat sich die Devisensituation in den einzelnen europäischen RGW-Staaten und im RGW insgesamt seit 1978 entwickelt, in welchem Maße verstärkt die Devisenverknappung einen Zwang zu Kompensationsgeschäften, und wie wird den Interessen westlicher Handelspartner bei Kompensationsgeschäften Rechnung getragen?
26. Wie hoch waren am 1. Juli 1987 die Gesamtsummen der Hermes-Bürgschaften für Finanz- bzw. Exportkredite in den einzelnen europäischen RGW-Staaten samt Zinsbürgschaften?
27. In welcher Höhe und für welche europäischen RGW-Staaten mußte der Bundeshaushalt in den einzelnen Jahren seit 1978

vorerst die nicht geleisteten Zinsen und Tilgungen bezahlen, und welche eigenen Lasten mußten darüber hinaus die sechs größten Exportbanken tragen bzw. in welcher Höhe mußten sie Wertberichtigungen für Ausfälle in den europäischen RGW-Staaten vornehmen?

28. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit Joint-Ventures in Ungarn und Rumänien gesammelt, sind die Erfahrungen in Rumänien und in Ungarn übertragbar auf andere Länder?
29. Welche Hemmnisse hat Ungarn in letzter Zeit bezüglich der Joint-Ventures beseitigt, und welche Anreize für westliche Firmen hat Ungarn bei den Joint-Ventures geschaffen, wie sehen diese Erfahrungen in bezug auf Bulgarien aus?
30. Haben die Joint-Ventures in den europäischen RGW-Staaten beachtliche Produktionsergebnisse erzielt, und gibt es gegebenenfalls im Rahmen der Joint-Ventures auch eine engere personelle Zusammenarbeit auf Zeit mit deutschen Fachleuten, Technologen, Facharbeitern, Managern und Kaufleuten?
31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Joint-Venture-Vorgaben in der Sowjetunion; kann mittelständischen deutschen Unternehmen ein Joint-Venture in der Sowjetunion empfohlen werden, welche positiven Auswirkungen ergeben sich aus den sowjetischen Absichten für die im Handel mit der Sowjetunion engagierte deutsche Wirtschaft, und welche Erfahrungen sind bereits zu verzeichnen?
32. Wie werden die Joint-Venture-Regelungen der Sowjetunion in den einzelnen europäischen RGW-Staaten aufgenommen, inwieweit sind sie angesichts der dortigen Verhältnisse praktikabel, und inwieweit kommen sie in ihrer konkreten Umsetzung den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft entgegen?
33. Nach welchen von unseren marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen abweichenden Regeln gestaltet sich der Handel mit den europäischen RGW-Staaten, welche Nachteile erwachsen unserer Wirtschaft daraus, wie können diese Nachteile kompensiert und ausgeräumt werden?
34. Wie beurteilt die Bundesregierung die Flexibilität der planwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssysteme in den europäischen RGW-Staaten, ergeben sich dadurch begrenzende Faktoren für den Handel mit den europäischen RGW-Staaten, und um welche Faktoren handelt es sich hierbei?
35. Wie wirkt sich das planwirtschaftliche System in den europäischen Staaten des RGW auf die Qualität, das Design der Fertigwaren und auf die Lieferfristen aus; in welcher Weise zeigen sich Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der europäischen RGW-Staaten und des RGW insgesamt?
36. Wie beurteilt die Bundesregierung die Reorganisation bzw. die Bemühungen um eine Reorganisation der sowjetischen Außenwirtschaft, welche Erfolge sind insoweit zu verzeich-

nen, und welche konkreten Auswirkungen haben diese Bemühungen für unsere Exportwirtschaft?

37. Welche Bedeutung haben die sowjetischen Bemühungen um eine Umgestaltung der Wirtschaft (Perestrojka) nach Auffassung der Bundesregierung für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, und wie schätzt die Bundesregierung diese Bemühungen angesichts der bisherigen Reformansätze in Ungarn ein?
38. Welche Perspektiven hat die angestrebte Erneuerung der sowjetischen Wirtschaft für die anderen europäischen Staaten des RGW, wie reagieren diese Länder auf die Reformbemühungen der Sowjetunion, und welchen Einfluß nimmt die Sowjetunion auf entsprechende Reformen in diesen Staaten?
39. Inwieweit führen die unterschiedlichen Strukturen, nämlich staatliche Außenhandelsmonopole einerseits und marktwirtschaftliche Ordnung andererseits, bei den europäischen Staaten des RGW zu komparativen Kostenvorteilen, und inwieweit führen sie zu wettbewerbsverzerrenden Exportförderungsmaßnahmen?
40. Welche Handelshemmnisse sind nach den Erfahrungen der Bundesregierung, bezogen auf die einzelnen europäischen Staaten des RGW, feststellbar, und welche Auswirkungen auf den Osthandel der deutschen Wirtschaft lassen sich daraus feststellen?
41. Inwieweit führen die unterschiedlichen Mechanismen der Preisbildung in den europäischen RGW-Staaten und bei uns zu Erscheinungen, die Dumping-Charakter haben?
42. Welches Instrumentarium zur Abwehr unfairen Wettbewerbs seitens der europäischen RGW-Staaten steht der Bundesregierung und den deutschen Herstellern unter Berücksichtigung von EG-Recht zur Verfügung, und wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, auf einen eingetretenen oder drohenden Schaden zu reagieren?
43. Wie oft wurde seit 1978, bezogen auf die europäischen Staaten des RGW, ein Preisprüfungsverfahren von deutscher Seite aus eingeleitet, und mit welchem Erfolg wurden die Verfahren abgeschlossen, wie viele Verfahren sind derzeit noch beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft anhängig?
44. Wie hoch ist die Gesamtzahl der 1987 in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Werkvertragsarbeitnehmer aus den einzelnen europäischen RGW-Staaten und aus Jugoslawien, wie hat sich diese Zahl von 1978 bis 1987 entwickelt, und in welcher Relation entwickelte sich dazu die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland?
45. Wie hoch ist die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1987 im Vergleich zu der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepu-

blik Deutschland, und in welcher Relation zu letzter Zahl steht die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer aus den einzelnen europäischen RGW-Staaten sowie aus Jugoslawien?

46. Wie viele Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland waren andererseits etwa in den Jahren 1978 bis 1987 in den europäischen RGW-Staaten und in Jugoslawien in Ausführung von Aufträgen von Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland tätig?
47. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Ost-West-Handel abgesehen von seiner stabilisierenden Funktion in den zwischenstaatlichen Beziehungen bei, welche Bedeutung messen nach Auffassung der Bundesregierung der RGW sowie die einzelnen europäischen Mitgliedstaaten des RGW dem Ost-West-Handel bei, und wie hat der Ost-West-Handel auf den Ost-West-Dialog bislang eingewirkt?
48. Wie würdigt die Bundesregierung das Bestreben der Sowjetunion, sich den internationalen Wirtschaftsorganisationen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen – GATT, Weltbank, Internationaler Währungsfonds – IWF) anzunähern?
49. Werden die staatlichen Hilfen und Hermes-Bürgschaften für die auf „gegenseitigen Nutzen“ angelegten Wirtschaftsbeziehungen auch davon abhängig gemacht, daß sie den Menschen und ihren Lebensverhältnissen tatsächlich Nutzen bringen?
50. Welche konkreten Verbesserungen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen können von der Zusammenarbeit in multilateralen Gremien erwartet werden, insbesondere in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – KSZE (Korb II) und in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE)?
51. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung einer Ost-West-Wirtschaftskonferenz als Folgeveranstaltung der KSZE bei?

Bonn, den 18. Dezember 1987

Kittelmann	Dr. Grünewald	Frau Limbach	Dr. Schroeder (Freiburg)
Wissmann	Harries	Linsmeyer	Schwarz
Frau Geiger	Hauser (Esslingen)	Lintner	Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Biedenkopf	Herkenrath	Louven	Dr. Stercken
Höffkes	Hinrichs	Lowack	Susset
Kraus	Hinsken	Magin	Uldall
Lattmann	Dr. Hornhues	Dr. Meyer zu Bentrup	Weiß (Kaiserslautern)
Dr. Lippold (Offenbach)	Dr. Hüsch	Müller (Wadern)	Werner (Ulm)
Lummer	Dr. Jobst	Müller (Wesseling)	Wilz
Dr. Schwörer	Kalisch	Niegel	Frau Dr. Wisniewski
Dr. Sprung	Dr.-Ing. Kansy	Dr. Olderog	Dr. Dregger, Dr. Waigel und Frak
Dr. Unland	Kroll-Schlüter	Oswald	
Frau Will-Feld	Dr. Kronenberg	Dr. Pohlmeier	Mischnick und Fraktion
Doss	Dr. Kunz (Weiden)	Reddemann	
Dr. Faltlhauser	Dr. Lammert	Repnik	
Frau Fischer	Dr. Laufs	Rossmannith	

